

WOHNEN

Ausgangslage

Heute gibt es im Baselbiet keine kantonale Wohnbaupolitik. Eine Strategie ist nicht erkennbar. Die Regierung lässt sich vom Lobbyismus der Hauseigentümer treiben. Dabei sind die Probleme offensichtlich: Die Wohnsituation im Kanton Baselland ist für viele Menschen schwierig: Der Wohnraum ist knapp und meist zu teuer. Eine Wohnpolitik im Interesse der MieterInnen gibt es im Kanton Baselland nicht. Gemeinnütziger Wohnungsbau wird nicht gefördert. Stattdessen wird immer wieder versucht, die Privilegien von HauseigentümerInnen zu schützen. Der Zersiedelung unserer Landschaft muss entgegengewirkt werden. Wir wollen verdichtetes Bauen im bestehenden Siedlungsgebiet – mit hoher Lebensqualität, selbstbestimmt und ohne Zwang zur Profitmaximierung. Ein grosser Bedarf besteht vor allem bei bezahlbaren Wohnungen für Familien mit Kindern, die genügend Raum und Lebensqualität bieten. Auch selbständiges Wohnen im Alter, etwa in generationen-gemischten Siedlungen, ist ein grosses Bedürfnis.

Grundziele der SP

Wir wollen bezahlbares Wohnen für alle.

Wir haben mit unserer Initiative «Wohnen für alle!» neue Perspektiven aufgezeigt. Es braucht bezahlbaren Wohnraum für alle Altersstufen und für alle Formen des Zusammenlebens. Nach den eigenen Vorstellungen leben und wohnen zu können, ist ein Grundrecht. Es darf kein Luxus für wenige sein!

Eine fortschrittliche Wohnpolitik bedingt eine Sozialisierung des Bodens und eine demokratische Bodenpolitik. Denn der Umgang mit dieser wichtigen Lebensgrundlage betrifft uns alle direkt. Entsprechend sollen alle Menschen, die hier leben, das Recht haben, über die Verwendung des Bodens mitzubestimmen.

Unsere Forderungen

Zahlbare Wohnungen für alle: Die Wohnpolitik und der Wohnungsbau müssen sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit von MieterInnen orientieren. Es braucht mehr bezahlbare Wohnungen für Menschen aller Alterskategorien, insbesondere aber für Familien.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus: Kanton und Gemeinden müssen Projekte des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch Genossenschaften, Stiftungen oder durch kommunale Initiativen unterstützen, etwa durch Abgabe von günstigem Bauland im Baurecht, durch administrative und planerische Unterstützung sowie durch Gewährung von Bürgschaften.

Verdichtetes Bauen fördern: Es sind Instrumente zu erarbeiten und gesetzlich festzulegen, die die Innenentwicklung und das verdichtete Bauen fördern und ermöglichen. Freie Parzellen und Brachen sind zu nutzen.

Aufkauf von Land durch Gemeinden und Kanton: Die öffentliche Hand soll gezielt Boden aufkaufen und diesen im Baurecht für gemeinnützigen Wohnraum zur Verfügung stellen. Dabei sollen Genossenschaften bevorzugt behandelt werden, da diese ihren Mitgliedern ein Höchstmass an demokratischer Mitbestimmung bieten. Der Erwerb von Boden durch die öffentliche

Hand soll dabei auf der tiefst möglichen Staatsebene realisiert werden. Im Fall von Wohngebieten handelt es sich hierbei um die Gemeinden.

Vorkaufsrecht für den Staat: Beim Verkauf von Land und Liegenschaften muss der Staat, insbesondere die Gemeinden und der Kanton, ein Vorkaufsrecht haben, von dem er grundsätzlich Gebrauch machen soll. So wird Land Schritt für Schritt in die demokratische Kontrolle überführt.

Gemeinsam statt einsam: Es soll gezielt Wohnraum entstehen, in dem alle Generationen nebeneinander und miteinander wohnen können. Es braucht nicht separate Wohnsiedlungen für ältere Menschen oder für Alleinstehende, sondern einen guten Mix, damit die Solidarität unter den Generationen wachsen und sich daraus Nachbarschaftshilfe entwickeln kann. Solche Angebote müssen unbedingt breit vermittelt werden.

Beratungsstelle «Wohnen»: Es braucht Beratungsmöglichkeiten zu Fragen rund ums Wohnen, insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Im Kanton muss eine Fachstelle für Wohnen eingerichtet werden.

Nachhaltige Bodenpolitik durch Baurecht statt Privatisierung: Land im Eigentum von Gemeinden und Kanton darf nicht an Private verkauft werden, sondern soll im Baurecht für Projekte des gemeinnützigen Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt werden.

Formularpflicht einführen: Die NachmieterInnen einer Wohnung müssen transparent darüber aufgeklärt werden, wie viel der oder die VormieterIn für die Wohnungsmiete bezahlt hat. Wir fordern, dass dafür eine Formularpflicht eingeführt wird, damit unzulässige, leistungsfreie Erhöhungen der Mieten bei Wohnungswechseln verhindert werden können.

Autofreies Wohnen ermöglichen und fördern: Der Kanton soll autofreies Wohnen und Leben durch die Schaffung von Anreizen fördern. Heute wird dies durch Vorschriften eher behindert. Der Kanton soll für Projekte von autofreiem Wohnen die vorgeschriebene Mindestanzahl an Parkplätzen aufheben und somit mehr autofreies Wohnen auf gleicher Fläche ermöglichen.

Alternative Wohnformen im Alter: Es braucht neue Wohnformen, insbesondere in der dritten und vierten Lebensphase bzw. nach der Pensionierung. Aktive Prävention und Erhalt von Lebensqualität können so möglichst früh einsetzen. Heute reicht die normale Vorsorge für die meisten HeimbewohnerInnen im Alter nicht mehr, mehr als die Hälfte muss regelmässig Ergänzungsleistungen beziehen.